

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/47. Jahrgang

August 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

1. September - Antikriegstag Kriege? - Nicht in unserem Namen

Unter diesem Motto ist für Gießen geplant: Donnerstag, 1. September: Treffpunkt: 17 Uhr Kirchenplatz zur Demonstration, bis Berliner Platz, 18 Uhr: Diskussionsveranstaltung im Kerkrade-Zimmer der Kongresshalle, organisiert von: DGB, Gießener Friedensnetzwerk, DKP, SDAJ, Linkes Bündnis, Antifa-Plenum, KSG

Die DKP fordert:

* Die sofortige Reduzierung des Rüstungsetats um 20 Prozent und die fortlaufende Reduktion um 10 Prozent jährlich

* Die Rücknahme der Hochrüstungspläne von Kriegsministerin von der Leyen (CDU)

* Den sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr

s: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/04/sofortprogramm-der-dkp/>



* Den Stopp aller Rüstungsexporte und die Beschlagnahme aller Gewinne der Rüstungsindustrie.

Big Brother in der Wieseckaue?

Diese Video-Kamera ist versteckt im hinteren Bereich der Strandbar am Neuen Teich angebracht. Von der Einstellung her überblickt sie das Gelände außerhalb am Fußweg. Das Objektiv zeigt auf keinen Fall nur parallel zu der Einfriedung auf den internen Bereich des Hüttengeländes. Es ist nicht auszuschließen, dass die Ströme von unbeteiligten Wochenend-Spaziergängern observiert werden. In Schreiben an das Ordnungsamt in Gießen sowie an den Hessischen Datenschutzbeauftragten wird um Auskunft gebeten, welche Daten erfasst werden,



wie, wo und wie lange sie gespeichert werden und wer sie ausliest. - Wir berichten weiter.

Drei reichen

Gegen den Beschluss des Stadtparlaments, eine vierte hauptamtliche Magistratsstelle einzurichten, wurde ein Bürgerbegehren gestartet mit den Vertrauensleuten Elke Koch-Michel, Thomas Jochimsthal und Peter Zerche. Um die erforderlichen 3114 Unterschriften zu sammeln, findet jeden Samstag von 11 bis 15 Uhr im Seltersweg 5-9 (vormd.) ein Informationsstand statt - am 20.8. wegen Stadtfest am Bahnhof. Außerdem werden mehrere tausend Flyer mit der Unterschriftenliste sowie einer Erklärung verteilt. Hier kann man sich die Bögen selbst herunterladen: www.drei-reichen.de.

In ihrer Pressemitteilung heißt es: *Dabei ist es unerheblich, wie viele Unterschriften auf der Liste stehen, jede Stimme zählt. Abgegeben werden können die Listen sowohl samstags am Stand oder bei den Vertrauensleuten per Post oder direkt in deren Briefkasten. Mit dieser Aktion ist die Hoffnung verbunden, spätestens am 8.9.2016 die erforderlichen Unterschriften im Wahlamt einreichen zu können. Jetzt liegt es an den Gießener Bürgerinnen und Bürgern, der Stadt mindestens 150 000 Euro pro Jahr einzusparen, indem sie das Bürgerbegehren 'drei reichen' mit ihrer Unterschrift unterstützen.*

Inhalt:

Polizeihelfer/Sozialquote	S.2
OB hatsich gedrückt/Dachcafé-Lärm	S.3
Rhön-AG/Hartz IV/Rentenerhöhung	S.4
Doping/Grünen-Hetze/Nazi-Hofer	S.5
Remilitarisierung/KPD-Verbot/Verbrecher	S.6
Syriza-Buch/Prozess gegen Kurden	S.7
Termine/S. Dagdelen zur Türkei	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Wem dienen die freiwilligen Polizeihelfer?

Seit Mitte Juli sind die freiwilligen Polizeihelfer, die vor drei Jahren abgeschafft wurden, wieder in Gießen im Einsatz. Für nicht mal Mindestlohn (7,50 Euro/Std.) sollen sie, so ihre Verfechter, „das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger stärken“.

Der Polizei und der Sicherheit nicht

Dem widerspricht die Gewerkschaft der Polizei nachdrücklich und fordert die Einstellung von mehr regulären Polizeibeamten. Mit den freiwilligen Polizeihelfern würde allenfalls eine Scheinsicherheit vorgespielt, die im Ernstfall nicht trägt.

Dass diesem herbeigeredeteten „Unsicherheitsgefühl“ jegliche reale Grundlage fehlt, wird allenthalben verschwiegen. So sind die Wohnungseinbrü-

che 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 13% zurückgegangen – und das bei steigenden Einwohnerzahlen (und tausenden Flüchtlingen). Auch bei den hier relevanten Bereichen wie Straßenkriminalität, Raub, Vergewaltigung... sind die Zahlen gesunken. Zugenommen haben nur Schwarzfahren und Ladendiebstahl.

Nun ist der vom Land Hessen unterstützte freiwillige Polizeidienst keine rein Gießener Sache, auch in andern Bundesländern gibt es ähnliche Projekte. Dass damit Personalkosten bei der regulären Polizei eingespart werden können, ist eine Seite der Medaille.

Mehr Bundeswehr statt Polizei?

Schwerwiegender ist die heimliche Verdrängung der Polizei durch die

Bundeswehr. Durch permanente Unterbesetzung können die Beamten ihre Aufgabe kaum noch erfüllen. (In Hessen sind inzwischen 3 Millionen Überstunden angefallen.) Da wird dann „zur Unterstützung“ die Bundeswehr geholt – nicht nur bei Katastropheneinsätzen und „Terrorbekämpfung“, wie bereits unter Umgehung des Grundgesetzes geschehen.

Wer und was soll bekämpft werden?

Kriegsministerin von der Leyen brennt darauf, die Bundeswehr überall einsetzen zu können. Und so ist es auch im „Weißbuch 2016“ der Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel (CDU) und Vizekanzler Gabriel (SPD) vorgesehen. Warum ist das den Herrschenden so wichtig? Dazu genügt ein Blick nach Frankreich, wo der Ausnahmezustand verhängt wurde und die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter seit Monaten mit allen Mitteln bekämpft werden.

Nicht nur DKP und Linkspartei sind strikt gegen die Bundeswehr im Innern, sondern auch die Polizei und – noch – die SPD... Die war auch nach 1945 vehement gegen die Remilitarisierung, bis sie dann doch zustimmte, wie auch 1968 den Notstandsgesetzen. Den ersten deutschen Angriffskrieg nach 1945 hat sie dann schon selbst geführt. Erika Beltz



Sozialquote: Stadt missachtet eigenes Gutachten

Nur wenige Tage, nachdem im Sozialausschuss der Antrag der Linksfraktion zur Einführung einer Sozialquote im Wohnungsbau abgelehnt wurde, hat das von der Stadt beauftragte Institut „inwis“ genau dies für Gießen geraten.

Auch inwis plädierte für die Maßgabe, dass bei Neubauten von privaten Bauherren 25 – 30% die Kriterien von Sozialwohnungen erfüllen sollten. In vielen anderen Städten hat sich diese Praxis gut bewährt.

Aber in Gießen - mit sozialdemokratischer Oberbürgermeisterin - können sich offenbar immer wieder die Grünen durchsetzen (wie mit der LaGa, wie mit der Unterführung Ostanlage, wie mit dem privaten Bauboom ohne Sozialklausel - aber mit vielen Baumfällungen...).

Auch inwis stellte fest: 25% aller Haushalte in Gießen sind einkommens-

schwach, 1000 bis 1500 Sozialwohnungen müssten in den nächsten 15 Jahren neu gebaut werden. Dabei ist unklar, wie weit in dieser Berechnung zunehmende Altersarmut, Langzeitarbeitslosigkeit... berücksichtigt wurde. Insgesamt fehlen bis 2020 – das ist in vier Jahren - 3700 Wohnungen.

Im September wird im Stadtparlament über den Antrag der Linksfraktion abgestimmt (aus Zeitgründen verschoben). Man darf gespannt sein, ob die Koalition aus SPD/CDU/Grüne bei ihrer Ablehnung bleibt, obwohl ihr eigens erstelltes Gutachten das Gegenteil fordert.



Pressemitteilung der DKP:

OB Grabe-Bolz hat sich vor der Wahrheit gedrückt

Auf der letzten Kreisvorstandssitzung der DKP Gießen berichtete Michael Beltz, als DKP-Mitglied Stadtverordneter der Gießener Linken, über die Beschlüsse des Stadtparlaments. Insbesondere die Erweiterung des hauptamtlichen Magistrats um einen zusätzlichen Dezernenten wurde kritisiert und festgestellt, dass hierfür keine überzeugenden Argumente vorliegen, aber jährlich 150.000 Euro ausgegeben werden sollen. Wenn allgemein eine höhere Belastung festgestellt würde, so treffe das vor allem für die Beschäftigten in der Verwal-

tung zu, wo in den vergangenen Jahren ein erheblicher Stellenabbau stattgefunden habe. Da Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz dies mehrfach gelehnt und vorgegeben habe, keine Vergleiche ziehen zu können, müsse sie an ihre eigenen Worte erinnert werden. Im März 2014 habe sie selbst erklärt, dass „die Personalkosten der Stadt durch die Nichtbesetzung von Stellen im vergangenen Jahr um 1,8 Millionen Euro reduziert worden seien“ – nachzulesen in der GAZ vom 8.3.14. Michael Beltz lobte die kritische Rede des Fraktionsvorsitzen-

den der Gießener Linken, Matthias Riedl, in der dieser klar zum Ausdruck brachte, dass in der jetzigen Situation eine vierte Dezernentenstelle nicht zu vertreten sei. Umso verwunderter sei es gewesen, dass er sich mit zwei weiteren Stadtverordneten der Gießener Linken der Stimme enthalten habe. Gegen diesen Antrag hätten nur er selbst sowie der Stv. Janitzki votiert. An Mutmaßungen, ob dies dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf und der Präferenz eines Bündnisses aus SPD/Grüne/Linke geschuldet sei, wolle er sich derzeit nicht beteiligen. Abschließend bedauerte Michael Beltz, dass der Antrag der Gießener Linken zur Einführung einer Sozialquote im Wohnungsbau nicht mehr behandelt wurde. Er sei gespannt, ob der Magistrat auf der nächsten Sitzung im September an seiner Ablehnung festhalte, obwohl eine von ihm selbst in Auftrag gegebene Studie genau dies ebenfalls fordere.

Diese Pressemitteilung wurde von beiden Gießener Tageszeitungen nicht veröffentlicht. Lediglich ein paar Satzstücke wurden zusammenhanglos zitiert und mit ihrem eigenen Senf wiedergegeben. - Soviel zum Thema Pressefreiheit oder sollte man besser sagen "Freiheit der Presse"?



Ruhestörer Dachcafé

Für die Besucher mag es eine coole Location sein, für den Betreiber eine Goldgrube – für viele Anwohner ist das Dachcafé die Pest. Wenn dort Party ist, wird das Wohnviertel beschallt, zumindest in östliche Richtung rechts und links der Grünberger Straße.

Vor allem die tiefen Bässe dröhnen ins Wohngebiet, manchmal schon früh abends, manchmal spät in der Nacht. Wer das Glück hat, im Schallschatten eines anderen Gebäudes zu leben, bekommt davon vielleicht nichts mit, wer aber vom Fenster, Balkon oder Garten aus die Leuchtreklame des Dachcafés sieht, kann offene Fenster oder ruhige Zeit im freien vergessen.

Manche Anwohner können die Lärmquelle nicht orten und verdächtigen ihre Nachbarn, zu laut und zu häufig

zu feiern. Beschwerden beim Lokal selbst, bei der Polizei oder beim Ordnungsamt bleiben erfolglos. Den Beschwerdeführern wird gesagt, alles entspräche den Vorschriften und Genehmigungen, wahrscheinlich seien sie überempfindlich oder bildeten sich den Lärm nur ein.

Wenn viele Menschen gestört werden, Vorschriften und Genehmigungen aber eingehalten werden, dann stimmt vielleicht mit den Regeln etwas nicht. Möglicherweise sind die Höhe des Gebäudes, der Einfluss der Windrichtung oder die Ausbreitungseigenschaften tiefer Töne nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Einwohner in dem betroffenen Gebiet haben ein Recht darauf, ihre Wohnungen und Gärten ohne Lärmbelästigung nutzen zu können.

Gernot Linhart



Rhön-AG verdrängt Arzt-Praxen

Die Beschäftigten des Uniklinikums Gießen/Marburg erwirtschaften jährlich einen Überschuss von 30 bis 40 Millionen Euro – neben dem ausgewiesenen Gewinn auch das Geld für Investitionen und Zinsen, die in den von den Krankenkassen gezahlten Pauschalen und Gebühren eigentlich nicht enthalten sind. So hat der Eigentümer, die Rhön-Kliniken AG, ein ordentliches Finanzpolster für Investitionen.

In naher Zukunft soll vor allem in Marburg neu gebaut werden. Neben einigen Kliniken, die aus der Stadt auf die Lahnberge verlegt werden sollen, ist ein Zentrum für Diagnostik und Ambulanz geplant. Damit kommt die Rhön AG ihrem Ziel näher, immer mehr ertragreiche Aktivitäten aus dem Bereich der niedergelassenen Ärzte in ihre Kliniken zu verlagern. Die Kran-

kenkassen und damit den Beitragszahlern kommt das teuer zu stehen, denn die niedergelassenen Ärzte erbringen diese Leistungen für weniger Geld als Kliniken.

Für Patienten hat das vielleicht den Vorteil, dass sie schneller einen Facharzttermin bekommen. Verloren geht aber das Vertrauensverhältnis zu einem bestimmten Arzt, zu dem der Patient schon lange geht.

In der Klinik hängt es vom Dienstplan ab, zu welchem Arzt er gerade kommt, und die Fluktuation ist bei angestellten Ärzten wesentlich höher als in Arztpraxen.

Dass gerade in Marburg ein solches Zentrum zuerst gebaut wird könnte damit zusammenhängen, dass dort viele niedergelassene Ärzte dem UKGM kritisch gegenüber stehen.

Gernot Linhart



Rentenerhöhung hilft nicht gegen Altersarmut

Ab 1. Juli steigen die Renten um einige Prozente. Menschen, deren Rente nicht zum Leben reicht, die deswegen einen Zuschuss vom Sozialamt (Grundsicherung oder persönlicher Mehrbedarf) beantragen müssen, haben von dieser Erhöhung nichts, sie haben eher Nachteile. Die Erhöhung wird vom Zuschuss vollständig abgezogen, dazu erfolgt eine Neuberechnung. Die Zuschussempfänger erhielten Anfang Juli eine Aufforderung, bis zum 20. Juli alle notwendigen Unterlagen einzureichen – Rentenbescheid, Kontoauszüge, Belege über Miet- und Nebenkosten usw. Viele Rentenbescheide wurden aber erst in der zweiten Julihälfte verschickt, was für die betroffenen Personen zu Zeitdruck führte. Trotz des gesetzten Termins am 20. 7. verschickte das Amt die neuen Bescheide bereits am 18. 7., errechnet mit einer fiktiven Rente. Obwohl die neue Rente mit den bekannten Daten bis auf den Cent genau ausgerechnet werden könnte, war diese fiktive Rente oft um einige Euro zu hoch, der bewilligte Betrag damit zu niedrig. Der Zuschuss ist rückwirkend ab 1. 7. niedriger. Die erhöhte Rente wird aber für alle die, die ab 2004 Rentner wurden, erst am 31. 7. ausgezahlt. Für einen Monat haben die Bedürftigen also noch weniger Geld zur Verfügung als sonst. Was spräche eigentlich dagegen, die Grundsicherung genauso zu erhöhen wie die Renten? Altersarmut wäre damit nicht beseitigt, die Lage der Betroffenen wäre aber ein klein wenig erträglicher.

Gernot Linhart

(Der Text beruht auf Informationen aus einem benachbarten Landkreis.)



Spitzeldienste bei Hartz IV mit Bußgeld-Androhung

Mit der im Juli beschlossenen Reform wurde auch der Datenschutz für Bezieher von Hartz IV weiter ausgehebelt. Automatische Abgleiche mit anderen Behörden und Geldinstituten können nun monatlich statt bislang vierteljährlich erfolgen – sogar bei Familienmitgliedern, die selbst keine Leistung erhalten. Zudem wird in der Reform konkretisiert, dass vom Jobcenter bestellte medizinische oder psychologische Gutachter sämtliche Patientendaten ungefragt ans Amt übermitteln dürfen. Ebenso werden Bußgeldvorschriften für Dritte ausgeweitet. Einem Vermieter oder Nachbarn, der dem Jobcenter auf Anfrage eine falsche oder keine Auskunft über den Bezieher gibt, droht eine Strafe von bis zu 5.000 Euro.

Die Hochzeit von Schweini, die Schuhe von Theresa May, "Pokémon Go" - das sind die Themen. Von Flüchtlingen im Mittelmeer steht da nichts!

Gott sei Dank, die Welt ist wieder in Ordnung!



Doping – Heuchelelei

Gießen. Bei einem Straßenradrennen im Juli 1964 lagen auf der Asphaltstraße zehn weiße Tabletten. Ein westdeutscher Schiedsrichter rannte los, sammelte sie auf und rief: „Die hat Schur verloren, ich habe es gesehen.“ (Täve Schur war ein international bekannter und erfolgreicher Radrennfahrer der DDR.)

Als Schur einige Zeit später hinter dem westdeutschen Meister im Bergfahren Herbert Wilde diese Stelle passierte, warf der Schiedsrichter die Pillen ins Gebüsch.

Wilde wurde nach der sechsten Etappe der Österreich-Rundfahrt von der Rennleitung wegen nachgewiesenem Doping disqualifiziert. Der westdeutsche Verband nahm die gesamte Mannschaft aus dem Rennen.

Verdacht auf Doping gab es 1954 gegen die Fußballweltmeister Fritz Walter, Otmar Walter, Max Morlock und Helmut Rahn. Sie lagen „nach Bern“ mit Gelbsucht im Krankenhaus. Herberger sprach später im „Kicker“ von schmerzstillenden Spritzen.

Radprofi Rolf Wolfshohl wurde für einen Monat gesperrt, weil er 1968 bei

der Weltmeisterschaft in Luxemburg gedopt war. 1968 starb der westdeutsche Mittelgewichtsweltmeister Jupp Elze nach einem Europameisterschaftskampf wegen Einnahme von „Stimulantien“. Die Liste ist lang... Jan Ullrich... Erik Zabel...

In Rio sollen nur Ungedopte teilnehmen dürfen. Das gilt aber nur für die russischen Athleten. Auch dabei werden sein: der US-Sprinter Justin Gatlin, der spanische Rad-Star Alejandro Valverde und der chinesische Schwimm-Olympiasieger Sun Yang. Alle wurden schon des Dopings überführt.

Für die aktuelle Diskussion fragt Gerhard Steines im Sport-Stammtisch der GA vom 23.07.2016: Worüber sich wundern? „Dass Doping weltweit systemimmanent ist und der Unterschied nur, dass Autokraten zentralistisch dopen lassen und in unserem gesellschaftlichen System Kleingruppen wie das Team Springstein, das Team Telekom oder das Team Freiburg (oder die Teams Armstrong, Balco, Fuentes, Salazar usw.) eigenverantwortlich handeln?“ M. Beltz

FPÖ-Kandidat Hofer darf als Nazi bezeichnet werden

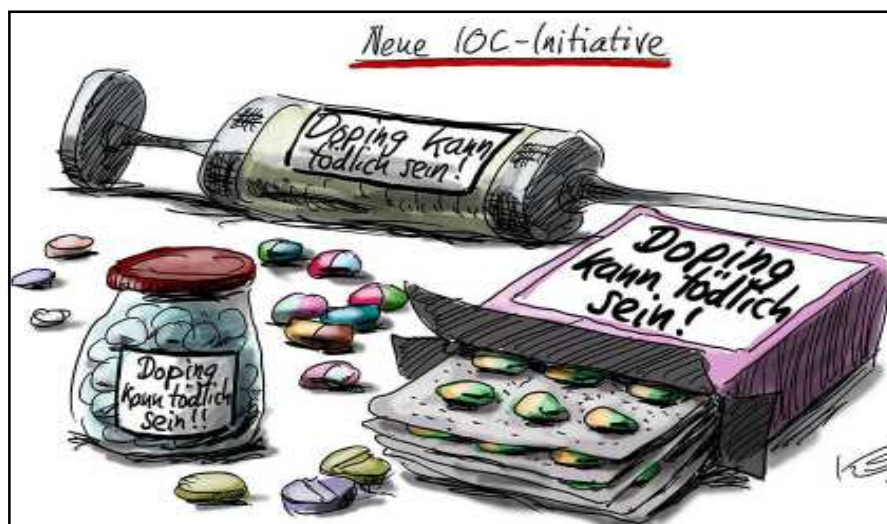
(dpa). Der österreichische Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer von der rechten FPÖ hat sich ohne Erfolg vor Gericht gegen das Schimpfwort Nazi gewehrt. Das Landgericht Innsbruck sprach den SPÖ-Chef von Tirol, Ingo Mayr, in der Privatklage wegen Beleidigung und übler Nachrede frei.

Grünen-Hetze gegen Eritrea

Herr Grothe darf Eritrea nicht mögen. Das scheint sein Auftrag zu sein. Nach vielen unqualifizierten Äußerungen wie halluzinierte Massengewalttätigkeiten, die in der Gießener Allgemeinen gerne aufgenommen werden, hat er jetzt eine öffentliche Hinrichtung erfunden. Ein Leserbrief gegen eine andere Diffamierung, nämlich die Zwangserhebung von Steuern von in Deutschland lebenden Eritreern, wurde in der GAZ nicht veröffentlicht. Darin wurde erwähnt, dass die Regierung der USA ebenfalls derartige Steuern erhebt, allerdings ein wenig mehr. (Beides ohne Zwang!)

Es geht den im Auftrag des Kapitals handelnden Grünen nicht ausschließlich darum, auch dieses afrikanische Land und seine Bodenschätze den Konzernen zur Ausbeutung zu überlassen. Es geht auch darum, das dortige System zu diffamieren. Es besteht die „Gefahr“, dass auch andere afrikanische Länder interessiert sind, sich das kostenlose Bildungs- und Gesundheitssystem anzusehen, das Sozialsystem in diesem armen Land zu kopieren. Dass in Eritrea die niedrigste Aidsrate in Afrika vorhanden ist, kann nicht im Interesse des Kapitals und der Grünen sein.

Zugegeben werden muss, dass die Manipulation über die Medien dazu führt, dass viele Menschen ohne Kenntnis der Lage in Eritrea davon sprechen, dieses Land sei eine autoritäre Diktatur (das die Menschenrechte eben so wenig achtet, wie unsere Freunde in den USA). Für seine Demo gegen das Eritrea-Festival konnte Grothe im Juli gerade mal 50 Leute aufbringen. M. Beltz



Vor 60 Jahren - letzter Antrag von Ria Deeg gegen die Wehrerfassung und Verbot der KPD

Gegen die von den Herrschenden schon bald nach dem 2. Weltkrieg betriebene Remilitarisierung der BRD hatte sich breiter Widerstand formiert. In einem Manifest wurde eine Volksbefragung gefordert, die von der Regierung abgelehnt, aber trotz Verbot, polizeilicher Verfolgung und zahlreicher Verhaftungen durchgeführt wurde. Mehr als 9 Millionen Menschen entschieden sich gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag. Dennoch stimmte im Februar

1955 die Mehrheit im westdeutschen Bundestag den „Pariser Verträgen“ zu und beschloss damit die Aufstellung einer Armee. Am 7. Juli 1956 beschloss der Bundestag mit 270 gegen 166 Stimmen bei 20 Enthaltungen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Im September 1956 stellte Ria Deeg, zusammen mit Anton Kaiser Stadtverordnete der KPD im Gießener Stadtparlament, folgenden Antrag:

Max Reimann, Vorsitzender der KPD, MdB, zum Grundgesetz

"Sie, meine Damen und Herren haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben."

*Ich beantrage..., die Erfassung der Wehrpflichtigen nicht durchzuführen.
Begründung:*

Es ist eine Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine Wehrpflicht ablehnt. Diesem Willen ihrer Bürger haben eine Reihe von Bürgermeistern im Lande Hessen auf ihren Tagungen Rechnung getragen, indem sie sich eindeutig in ihrer Mehrheit gegen die Wehrerfassung aussprachen.

Wer aus der Vergangenheit etwas gelernt hat und für sich in Anspruch nimmt, Demokrat zu sein, muss in einer solch entscheidenden Frage auf den Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung hören.

Nach 1933 waren es nur wenige Bürger von Gießen, die mit mir in einer Widerstandsgruppe aktiv gegen die Wiederaufrüstung kämpften. Heute wie damals hört man oft von verantwortlichen Stellen, dass sie zwar „dagegen“ seien, aber leider „mitmachen“ müssten. - Die Folgen trugen wir alle 1945.

Vorstehender Antrag lag am 24. September 1956 dem Hauptausschuss vor, in welchem die Anträge vor ihrer Beratung im Stadtparlament bearbeitet werden. Auf Vorschlag des Stadtverordneten Stang (SPD) wurde der Antrag zurückgestellt, das heißt also, dass er nicht in der Stadtverordnetenversammlung am 4.10.56 beraten wird, und auch nicht zur Abstimmung kommt. - Andere Stadtparlamente, z.B. das Parlament der drittgrößten Stadt in der Bundesrepublik, München, lehnte mit Stimmenmehrheit die Wehrerfassung ab. (aus: Ria Deeg: Signale aus der Zelle)



Hand in Hand mit der Wiederaufrüstung ging in der BRD eine verschärfte Unterdrückung aller demokratisch gesinnten Kräfte. Eine der wesentlichen Maßnahmen, die der Vorbereitung eines neuen Krieges dienten, war das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands. - Es wurde von der vom Monopolkapital abhängigen Klassenjustiz am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen. Damit sollten die konsequentesten Kräfte gegen Militarismus und Krieg mundtot gemacht werden.

„Es ist für mich bitter, dass meine Regierung heute Dinge tut, für die wir damals in Nürnberg Deutsche als Kriegsverbrecher gehenkt haben.“

Ben Ferencz, 1947 Chefankläger im Nürnberger Prozess gegen die Nazi-verbrecher, sprach im "stern" (Nr. 25 vom 23.6.16) über Kriege und Kriegsverbrecher.

Noch heute kämpft der 96-jährige Bürger der USA gegen Krieg und Gewalt. Bis heute würden Begründungen genutzt, „um Angriffskriege zu rechtfertigen. Nur nennt man sie nicht mehr Notwehr, sondern 'Präventivschlag'".

So haben Bush und Blair die Kriege gegen Afghanistan und Irak gerech-

fertigt. „Es ist für mich bitter, dass meine Regierung heute Dinge tut, für die wir damals in Nürnberg Deutsche als Kriegsverbrecher gehenkt haben.“

Gegen Ende des Interviews fragt der Reporter:

„Seit 2004 sind durch amerikanische Drohnenangriffe allein in Pakistan mehrere Tausend Menschen getötet worden, darunter auch zahlreiche Zivilisten. Sind das Kollateralschäden, wie die US-Regierung behauptet, oder Kriegsverbrechen?“

Ferencz: „Der Begriff Kollateralscha-

den ist eine schwache Ausrede für fahrlässige Tötung... Sie sind ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und damit strafbar.“

Über deutsche Verbrechen wird nicht geredet.

Dieses Interview bietet Anlass, auch die Beteiligung Deutschlands an Kriegen und die Rolle der Regierungen der letzten Jahrzehnte zu verurteilen. Der ehemalige Bundeskanzler Schröder (SPD) hat immerhin eingeräumt, der Überfall auf Jugoslawien sei völkerrechtswidrig gewesen.

Die Lehren aus SYRIZA

Nach dem Syriza-Wahlsieg im Frühjahr 2015 ging das geflügelte Wort vom „griechischen Frühling“ um, mit dem die Hoffnung verbunden war, dass eine linke Regierung in Griechenland zum Fanal für die krisengebeutelten Völker Europas werden könne. Nach der Kapitulation Syrizas begann eine Debatte darüber, welche Lehren daraus zu ziehen sind. Darauf zielt auch das neue Buch von Andreas Wehr.

Der Autor hat bereits in früheren Beiträgen die Eurokrise aus einer marxistischen Perspektive verfolgt. Er gibt sich daher auch keinen Illusionen über den Charakter der EU hin: Der gemeinsame Binnenmarkt und der freie Kapitalverkehr nutzten insbesondere dem Finanzkapital in den ökonomisch stärkeren Ländern, die von der enormen Verschuldung der süd- und osteuropäischen Länder profitiert haben. Die schwächeren Länder hingegen, die zunächst Kapital zu günstigen Konditionen importieren und so ihren Wirtschaftsaufschwung finanzieren konnten, bekamen nach dem Abrechnen



der Finanzströme in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007ff. die Rechnung von den Gläubigern für die Aufnahme in die Eurozone präsentiert: „Mit der eigenen Währung hatten sie wichtige Souveränitätsrechte aufgegeben. Seitdem sind sie nicht mehr ihr eigener Herr im Haus. Brüssel, Paris und vor allem Berlin diktieren vielmehr die Bedingungen“ (19f.).

Nach der Kapitulation Athens vor seinen Gläubigern rechtfertigte Syriza ihren Schwenk mit einem gerade noch einmal abgewendeten »Staatsstreich«, dem Hinauswurf Griechenlands aus der Eurozone. Wehr bezeichnet das als eine Legende. Die Niederlage resultierte aus der Illusion Syrizas, „eine grundlegende Änderung der Krisenpolitik in Absprache mit den Gläubigern und unter den Bedingungen des Eurosystems durchsetzen zu können“. Einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone hingegen hatte Syriza stets ausgeschlossen. „Sie hatte sich damit selbst die Hände gebunden“ (146).

Pablo Graubner

Revolutionärer Widerstand ist nicht verhandelbar!

Am 5. August fand der 11. Verhandlungstag im Prozess gegen 10 Genossinnen und Genossen von ATIK und TKP/ML mit dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ nach § 129b statt (siehe GE 07/16). Die Verteidigung hatte bereits die Rücknahme der Verfolgungsermächtigung und die sofortige Einstellung des Strafverfahrens gefordert. Immer wieder wird die Tätigkeit der Gerichtsdolmetscher kritisiert, die Aussagen der Mandanten teilweise sinnentstellt und unverständlich übersetzen. Der Vorsitzende Richter lehnte den Antrag auf Auswechslung eines Dolmetschers aber zunächst ab - ein fairer Prozess soll nicht ermöglicht werden.

Die Angeklagte Frau Dr. Banu Büyükcavci, Fachärztin für Psychosomatik, ging in ihrer Erklärung auf die Auswirkungen der Isolationshaft ein, die ge-

gen die Angeklagten in den ersten Monaten nach der Verhaftung angewandt wurde. Sie kritisierte diese Haftbedingungen als Folter, die irreparable psychische Schäden verursachen kann. Auch die Einschränkungen der Verteidigungsrechte zeigt für sie deutlich, dass es sich hier um kein rechtsstaatliches Verfahren, sondern um einen politischen Prozess handelt, dessen Urteil schon vorher gefällt wurde. - Weitere Informationen gibt es auf dem Prozessblog: www.tkpm1-prozess-129b.de Eine Infoveranstaltung zur Solidarität mit den kurdischen und türkischen Gefangenen wird es am 22. September in Gießen geben. Dazu findet am 30. August um 19.30 Uhr im NavDem, Ederstr. 14-16, ein Vorbereitungstreffen statt. Alle Interessierten sind dazu herzlich eingeladen.

Rainer Grabowski

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag,
Hoffnungs-Str. 18 ,
45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.
3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**
www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

DANKE!

Wir bedanken uns für alle großen und kleinen Beträge, die bisher bei uns eingegangen sind. Insbesondere bedanken wir uns für die monatlichen Daueraufträge, mit denen man kalkulieren kann.

Wir müssen dennoch um weitere Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

Wir bitten um Überweisung auf das Konto:

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank
und hoffnungsvollen Grüßen
Redaktion Gießener Echo

Redaktionsschluss für September-Echo: Mi., 24. Aug

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Für einen gerechten Welthandel! CETA & TTIP stoppen!

Aufruf zu bundesweiten Großdemonstrationen in sieben Städten – in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart am 17. September 2016



Mit dem DGB im Zug nach Frankfurt

Der DGB bietet Sammelanreisen mit dem RMV an. Entsprechend der Anzahl der Voranmeldungen stehen Gruppentickets zur Verfügung.

Wir fahren von Wetzlar 10:02 und Gießen 10:28 mit dem RE 15109; Marburg ab 9:48 - hält bis Gießen überall. Späteste Abholung der Mitfahrtsickets 15 Minuten vor Abfahrt auf dem Bahnsteig!

Anmeldungen mit Name und Einstiegsort bitte an giessen@dgb.de

Rückfahrt in selbstorganisierten Fünfergruppen mit den ausgegebenen Tickets oder auf eigene Rechnung

Sevim Dagdelen, MdB der Linkspartei zur Türkei

Kontra statt Kuschelkurs

Die Türkei nimmt stramm Kurs auf eine islamistische Diktatur. Präsident Recep Tayyip Erdogan ist dabei, nach dem gescheiterten Militärputsch am 15. Juli im Rahmen eines großen Gegenputsches alle Kritiker aus- und sein Land gleichzuschalten. Er kommt mit Riesenschritten voran, nicht zuletzt, weil EU und NATO ihn gewähren lassen. Zehntausende Menschen wurden verhaftet und vom Dienst suspendiert, darunter ein Drittel der Richter und Staatsanwälte. Gegen mehr als 100 Journalisten wird ermittelt, die Hochschulrektoren in der gesamten Türkei wurden zum Rücktritt aufgefordert, Akademikern und ihren Familien ist die Ausreise verboten. Nach den großen Ferien werden Hunderttausende Schülerinnen und Schüler von Erdogan-Getreuen unterrichtet. Zehntausende reguläre Lehrerinnen und Lehrer sind geschasst...

Die Bundesregierung lässt sich von Erdogans Märchen aus 1001 Nacht einlullen, in der Türkei werde die Demokratie verteidigt. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier etwa hat kein Problem mit der Verhängung des Ausnahmezustands. Er möge halt bitte auf die unbedingt notwendige Dauer beschränkt und möglichst bald wieder beendet werden, so die zarte Bitte des Sozialdemokraten in Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel relativiert Erdogans antidemokratischen Gewaltkurs gegen die eigene Bevölkerung und merkt verhalten an, sie sehe die Verhältnismäßigkeit „nicht immer gewahrt“. Merkel mahnt,

sie handelt nicht. Erdogan bleibt für die deutsche Regierungschefin Premiumpartner, da kann der noch so viele Gefangene foltern, noch so viele Willkürdekrete erlassen und noch so viele Jubler türkische Fahnen schwenkend die Wiedereinführung der Todesstrafe fordern lassen...

Die EU-Beitrittsgespräche mit dem Erdogan-Regime dagegen müssen sofort gestoppt und die Hunderte Millionen an EU-Vorbeitrittshilfen an Erdogan müssen eingefroren werden. Die Verhandlungen über Visafreiheit mit einer Regierung, die einen brutalen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten führt, die die Freiheiten ihrer Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land mit Füßen tritt, die keinen unabhängigen Justizapparat neben sich duldet und die ernsthaft die Wiedereinführung der Todesstrafe zur Abstimmung stellen lassen will, sind absurd und obsolet. Die im türkischen Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten müssen rasch abgezogen werden statt ernsthaft zu überlegen, weitere deutsche Truppen zum Diktator zu entsenden.

Doch auch Sanktionen gegen Erdogan persönlich sind dringend notwendig. Dazu zählt ein Einreiseverbot für den Despoten in die EU und das Einfrieren seiner Konten. Sein Vermögen, das er nach einem Korruptionsskandal 2013 ins Ausland hat schaffen lassen, muss beschlagnahmt werden. Kontra statt Kuschelkurs für Erdogan.

(gekürzt aus UZ - Zeitung der DKP vom 5.8.2016)

Die Waffen nieder!!!
Kooperation statt NATO-
Konfrontation, Abrüstung
statt Sozialabbau



Aufruf zur Demonstration am
08.10.2016 in Berlin
bitte unterzeichnen!
<http://friedensdemo.org/>

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**

Vormerken:

Dienstag, 11. Okt., 19.30 Uhr, Versailles-Zimmer der Kongresshalle
**Veranstaltung der DKP
mit Andreas Wehr (s. S. 7) zu
den Lehren aus Syriza**



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
dkp-giessen.de
DKP Gießen auch bei Facebook